

## Antrag A14Neu: Der soziale Freistaat

|                          |  |          |
|--------------------------|--|----------|
| <b>Antragsteller*in:</b> | Ulrike Grosse-Röthig, Helmut Holter, Mandy Eißing, Michaele Sojka, Gabi Ohler, Frank Schenker, Katja Seiler, Jana Prochnow, Nicole Grießbach, Birgit Pommer, Jasmin Hoffmann, René Kolditz, Lilly Schwarzer, Gudrun Wolfram, Jens Thomas, Philipp Müller |          |
| <b>Status:</b>           | angenommen   |          |
| <b>Abstimmung</b>        | Ja:  | Mehrheit |
|                          | Nein:  | 2        |
|                          | Enthaltung:  | 1        |

Wir entwickeln Thüringen fort zu einem modernen Sozialstaat, in dem Familien, Jüngere und Ältere, die Thüringerinnen und Thüringer alles vorfinden, was sie für ein sicheres, geborgenes und zukunftsfestes Leben benötigen.

Wir wollen, dass die Bildungsinfrastruktur zur Gemeinschaftsaufgabe zwischen Bund und Ländern wird. Das alles machen wir, weil wir eine große „Thüringer Familie“ sind. Und Familien halten zusammen. Wir tragen dazu bei, was wir können. Für Kinder und Jugendliche, die neugierig ihren Weg gehen wollen; für Azubis und Ausbilder, für Studierende und Lehrende, die Thüringen stark machen; für Lehrerinnen und Betreuer, unsere Thüringer Zukunftsexpertinnen, für die Familien, die Eltern und Großeltern, ohne die in unserem Thüringen nichts laufen würde, die sich kümmern, die anpacken, die zusammenhalten.

Für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die oft erste Ansprechpartner in Nöten aller Art, nicht nur für Heranwachsende sind. Und die es verdient haben, dass wir uns politisch auch jeden Tag reinhängen, wie sie es für uns tun, für die „Thüringer Familie“, für die Zukunft unserer Kinder, für das Land.

Niemand sagt, dass das einfach ist. Aber die „Thüringer Familie“ kann sich darauf verlassen, dass wir alles geben, um unseren Beitrag zu leisten. Seit fast zehn Jahren, haben wir als Zuhörer, als Partner, als Wegfreimacher für die „Thüringer Familie“ schon eine Menge erreicht. Im frühkindlichen Bereich haben wir zwei beitragsfreie Kindergartenjahre umgesetzt und über eine Erhöhung der Betreuungsschlüssel mehr Erzieherinnen und Erzieher die Kindergärten gebracht. Um die Nachwuchsgewinnung für den ErzieherInnenberuf zu verbessern, haben wir die aus Baden Württemberg stammende praxisorientierte Ausbildung auch in Thüringen eingeführt. Im schulischen Bereich haben wir den Schulhort wieder an die Grundschulen zurückgeführt, die Beschäftigungsanteile der Hortnerinnen und Hortner angehoben, das Einkommen für Grund- und Regelschullehrer an das der Gymnasiallehrer angeglichen, die Personalabbaupläne der CDU für den Bildungsbereich ausgesetzt und stattdessen die Zahl der Lehrkräfte erhöht. Wir haben Verwaltungsassistenzen an den Schulen möglich gemacht, damit sich Lehrerinnen und Lehrer wieder auf Bildung konzentrieren können.

Auf die Auswirkungen der Pandemie und des Russland-Ukraine-Krieges haben wir mit Abmilderungsregelungen, Energiezuschüssen und Entlastungsmaßnahmen reagiert und so zur Bewältigung der Folgen beigetragen.

Das machen wir nicht nur für Bilanzbroschüren, sondern das machen wir, weil Familien zusammenhalten. Die Eltern, die den Laden im Alltag schmeißen; die Lehrerin, die für Zukunft sorgt, der Schüler, der nicht nur paukt, sondern im Verein engagiert ist, die Schülerin, die Kurse für das Seepferdchen beim DLRG gibt und die schon jetzt so viel zurückgeben, die Auszubildende, die unsere Wirtschaft stärker macht, der Busfahrer, der dafür sorgt, dass beim Klingelzeichen alle da sind, die Köchin, die täglich den Treibstoff für die neugierigen Köpfchen zubereitet, die Oma, die bei den Hausaufgaben hilft und alle anderen, die Thüringen stark und lebenswert machen - für die machen wir das.

Das reicht uns noch nicht aus, wir sind noch auf dem Weg. Wir wollen einen Sozialstaat im Thüringer

Modell.

Das heißt für uns unter anderem:

- Beitragsfreie frühkindliche, Schul- und Erwachsenenbildung sowie außerschulische Jugendbildung
- Lernmittelfreiheit
- kostenfreier ÖPNV
- kostenfreie Freizeitangebote und Angebote der Kinder- und Jugenderholung
- längeres gemeinsames Lernen an einer Schule mit binnendifferenzierten Unterricht und der Ausstattung für eine erfolgreiche Inklusion

Linke Politik ist nicht nur die Kunst des Möglichen. Zur linken Politik gehören auch die großen Visionen. Was wir machen, machen wir ja auch, weil wir wissen, dass es hinterm Horizont weitergeht. Immer weiter Richtung bessere Welt, sichere Zukunft. Das treibt uns an. Weil wir wissen, wenn wir für Sicherheit im Wandel sorgen, dass Veränderung auch ein Versprechen ist, in dem Hoffnung liegt.

Bodo, unser Ministerpräsident, hat für den Bildungsbereich unseren Grundsatz so formuliert: »Bildung und Betreuung müssen beitragsfrei sein. Vom Kindergarten bis zum Meister oder Master.« Wir haben noch viel vor.

Aufbauend auf dem, was wir für die „Thüringer Familie“ schon beitragen durften, wollen wir eine echte Kindergrundsicherung. Darunter verstehen wir eine echte Lernmittelfreiheit, egal ob Tablet oder Schulbuch, egal ob Arbeitsheft oder Taschenrechner.

Darunter verstehen wir die kostenfreie Nutzung von Bus und Regionalbahn, damit der Weg zum Freibad nicht zum Problem wird. Darunter verstehen wir ein kostenfreies Mittagessen für jedes Kind im Land, denn viel zu viele Kinder müssen aus Kostengründen darauf verzichten.

Darunter verstehen wir kostenfreie Ferienangebote, die Familien entlasten und Horizonte erweitern. Darunter verstehen wir auch, dass vom Kindergarten bis zum Meister oder Master eben keine Gebühren anfallen. Das Geld wird in den Familien nötig gebraucht, um den immer teurer werdenden Alltag zu finanzieren.

Gute Bildung findet an einem Ort statt, an dem sich junge Menschen wohlfühlen und an dem sie umfassend und bedarfsorientiert auf die Herausforderungen des zukünftigen Lebens vorbereitet werden können. Dabei steht uns als Gesellschaft die frühe Selektion in der Mitte der 4. Klasse in vermeintlich leistungsstarke und leistungsschwache Menschen durch das dreigliedrige Schulsystem im Weg. Wir wollen dieses überwinden und stattdessen längeres gemeinsames Lernen durch flächendeckende Gemeinschaftsschulen bis zur 10. Klasse realisieren.

Wirklich gute Bildung kann nur an Orten mit moderner Ausstattung und mit einer kind- und jugendgerechten Umgebung stattfinden. Dabei sehen wir uns immer noch massiven Problemen gegenüber. Immer noch muss eine große Anzahl an Schulgebäuden saniert und an die jeweiligen Bedingungen angepasst werden. Dabei geht es nicht nur um Digitalisierung, sondern ebenso darum, Lebens- und Lernorte zu schaffen, an denen sich Kinder entfalten und wo auf ihre Stärken und Schwächen eingegangen werden kann.

Unserer Überzeugung nach sollte die polytechnische Ausbildung wieder eine stärkere Rolle einnehmen, was sich auch in der räumlichen Ausstattung der Schulen widerspiegeln muss. Menschen mit umfassendem Wissen über technische Zusammenhänge können die Welt von heute in ihren Grundzügen besser begreifen.

Wir wollen Schule als Ort der Demokratie ausbauen. Dies meint ebenso die Demokratisierung von Strukturen, als auch das Zusammenleben an den Schulen.

Das alles sind ehrgeizige Ziele, die viel Mut, Kraft und vor allem auch Geld bedürfen. Bildung ist für uns eine grundgesetzlich zu verankernde Gemeinschaftsaufgabe, an deren Kosten sich damit auch der Bund dauerhaft beteiligen muss. Moderne Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Kurzfristige Programme und Finanzhilfen des Bundes sind dafür der falsche Weg. Gerade Bundesländer wie Thüringen, die noch immer finanziell nicht mit den wirtschaftsstarken West-Bundesländern mithalten können, brauchen eine dauerhafte und verlässliche Mitverantwortung des Bundes bei der Finanzierung von Schulbauten und anderen Infrastrukturen im Bildungsbereich. Bürokratische Monster wie der Digitalpakt Schule können nicht die Lösung sein.

Wir wollen ein 100 Milliarden Sondervermögen für Bildung vom Bund.

Wir wollen, dass im Grundgesetz als primäre Gemeinschaftsaufgabe die Verbesserung der Bildungsinfrastruktur in den Artikel 91a Abs.1 GG eingefügt wird, denn für uns stehen Bildung und Zukunft an erster Stelle.

Dafür fordern wir die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, welche zweckgebunden für die Gemeinschaftsaufgabe und das Sondervermögen eingesetzt werden soll.